



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/IV/90

3. August 1949

Jakob Kaiser hat in Wahlversammlungen Behauptungen aufgestellt, zu denen unser ständiger Berliner Mitarbeiter eine Reihe von Fragen zu stellen hat. Es wird interessant sein, zu erfahren, wie Jakob Kaiser darauf reagiert.

D.Red.

Fragen an Jakob Kaiser

1. Behaupten Sie wirklich in Ihren Wahlversammlungen, die CDU der Ostzone habe unter Ihrer Führung allein die Auseinandersetzung mit dem "russischen Kommunismus" geführt?

Wenn ja, ist Ihnen wirklich nicht bekannt, dass tausende sozialdemokratischer Männer und Frauen ihren Widerstand gegen das Gewaltregime mit Foltern, Zuchthaus und Konzentrationslager bezahlt haben? Wissen Sie nicht, dass bei den Wahlen zum sogenannten Volkskongress im Mai dieses Jahres der höchste Prozentsatz an Nein-Stimmen in den alten sozialdemokratischen Hochburgen erzielt wurde?

2. Stellen Sie wirklich die Behauptung auf, die SPD habe in der Ostzone vor den Kommunisten kapituliert und sich freiwillig mit ihnen verschmolzen?

Wissen Sie nicht sehr genau, dass sich die Sozialdemokraten in dem einzigen Gebiet, in dem sie abstimmen konnten, in Berlin, mit gewaltiger Mehrheit für ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit entschieden? Hat nicht die Führung der ostzonalen CDU auch nach diesen Ereignissen ihre Blockpolitik mit den Kommunisten fortgesetzt? Wann und wo hat die CDU-Führung beim kommunistischen Blockpartner gegen die brutale Verfolgung der Sozialdemokraten protestiert?

3. Versuchen Sie den nicht immer hinreichend informierten Wählern die Auffassung beizubringen, dass es sich bei Leuten wie Grotewohl und Ebert jr. um Sozialdemokraten handle?

Wenn ja, seit wann setzt man sich mit einer anderen politischen Partei auseinander, indem man sie mit dem einen oder anderen Renegaten identifiziert? Billigen Sie, dass Ihre Partei Flugblätter verbreitet, in denen wahrheitswidrig von "den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der Ostzone" gesprochen und behauptet wird, von 14 Mitgliedern des

Zentralsekretariats der SED seien 12 frühere SED-Funktionäre? Zeichnet sich nicht die gesamte Politik der deutschen Sozialdemokratie durch eine eindeutige Haltung gegen das kommunistische Terror-Regime aus? Kann man dasselbe von jenen Schwankungen führender CDU-Kreise sagen, die sich darin ausdrücken, dass man Leute wie Muschke empfängt, keinen Strich gegenüber den GPU-Spitzeln innerhalb der Ost-CDU zieht, oder sich auf Godesberger und andere zweifelhafte Manöver einlässt?

4. Behaupten Sie, die SPD habe in Berlin nach 1945 "die verhängnisvollste Rolle gespielt"?

Wenn ja, wie erklären Sie sich dann, dass im Oktober 1946 an die 50 Prozent und am 5. Dezember 1948 fast 65 Prozent der Berliner Wähler für die Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt haben? Hätten die Berliner wohl so entschieden, wenn die Politik der SPD nachgiebig und verhängnisvoll, die von Ihnen und Ihren Freunden empfohlene aber die einzig konsequente gewesen wäre? Wie brachten Sie es über's Herz, auf grossen Kundgebungen gemeinsam mit den Vertretern einer Partei aufzutreten, die eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat?

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Vertreter Ihrer Partei von "Totalitären" Neigungen der Berliner Sozialdemokratie sprechen und dass einer Ihrer Parteifreunde in einer Wahlversammlung behauptete, die Berliner SPD sei nicht einmal in der Lage gewesen, "Männer" an die Spitze zu stellen, so dass sie auf "die kranke Frau Schröder" zurückgreifen musste?

Ist es nicht eine Tatsache, dass Oberbürgermeister Reuter anderthalb Jahre durch das russische Veto an der Übernahme seines Amtes gehindert wurde? Hat nicht Louise Schröder ihren "Mann" so gestanden, dass ihr die Achtung der Berliner und vieler anderer zuteil geworden ist? Hat die SPD nicht Ihre Partei und die FDP unmittelbar nach dem Wahlsieg vom 5. Dezember zu weiterer Zusammenarbeit im Magistrat eingeladen? Ist diese Einladung nicht von Ihren Parteifreunden angenommen worden?

6. Sprechen Sie zu den Wählern von der Verwandtschaft der SPD mit dem Kommunismus, die auf einer "gemeinsamen marxistischen Wurzel" beruhe?

Wenn ja, finden Sie nicht, dass diese Behauptung nazistischen Vorstellungen und Parolen sehr nahe kommt? Ist Ihnen nicht bekannt, dass sich der demokratische Sozialismus vom terroristischen Kommunismus dadurch unterscheidet, dass er ein grundsätzlich anderes Ziel auf grundverschiedenen Wegen erstrebt? Finden Sie nicht auch, dass es im Wahlkampf nicht um das Schreckgespenst des "Marxismus" geht, sondern um sehr kon-

krete politische und wirtschaftliche Fragen?

7. Vertreten Sie die Auffassung, die SPD wolle die konfessionellen Gegensätze ausspielen und habe in der Schulfrage keinen festen Standpunkt?

Was lässt sich gegen die gemeinsame Erziehung der Kinder beider Konfessionen einwenden, die ein ganzes Leben als Deutsche miteinander leben sollen? Warum sind Sie gegen die Gemeinschaftsschule beider Konfessionen, nachdem doch diese beiden Konfessionen angeblich gut in Ihrer Partei miteinander auskommen? Entspricht es Ihrer Auffassung vom Elternrecht, wenn man den Eltern das Recht auf die Gemeinschaftsschule vorenthält, wie es unter dem Kultusminister der CDU in Nordrhein-Westfalen geschehen ist?

8. Behaupten Sie, die SPD habe sich in der Demontagefrage Versäumnisse zuschulden kommen lassen und lediglich die CDU nehme sich der von den Demontagen betroffenen Arbeiter an?

Wenn ja, warum übersehen Sie, dass gerade die Sozialdemokratie seit Jahren allen Auslandsfaktoren gegenüber einen völligen klaren Standpunkt in dieser Frage und in Bezug auf die Kontrolle der europäischen Grundindustrien eingenommen hat? Finden Sie nicht, dass es eine Erschwerung der Verhandlungen über Demontagefragen ist, wenn Professor Erhard systematisch bestrebt ist, das Arbeitslosenproblem zu bagatelisieren?

9. Meinen Sie wirklich, die Sozialdemokraten seien "neidisch" auf die Erfolge der Frankfurter Wirtschaftspolitik?

Sollten wir neidisch sein auf den wachsenden Gegensatz zwischen nacktestem Elend und schamlosem Schmarotzertum? Warum sprechen Sie als ehemaliger Gewerkschaftsführer nicht von der neuen Millionen-Arbeitslosigkeit? Warum vertreten Sie nicht mehr die früher auch von Ihnen befürwortete verünftigte Planung und Lenkung der Wirtschaft? Was ist aus Ihrer Parole vom "christlichen Sozialismus" geworden?

10. Ist es richtig, dass Sie in Ihren Reden trotz aller Verschärfung der Polemik den Wunsch zum Ausdruck bringen, die SPD und die CDU als die beiden grössten Parteien möchten zusammenarbeiten?

Wenn ja, wie verträgt sich dieser Wunsch mit Ihrer Behauptung, der Parteivorstand der SPD sei eine Waffenschmiede, aus der volksschädigende Dinge kämen? Wie verträgt er sich damit, dass Dr. Adenauer und andere Ihrer Parteifreunde haltlose Behauptungen über ein "Zusammenspiel" zwischen SPD und englischer Regierung aufstellen? Was sagen Sie zu der Erklärung Ihres pfälzischen Parteifreundes Spiess, die CDU stelle im Gegensatz zur SPD keine Emigranten, sondern nur deutsche und

christliche Männer auf. Sind Sie nicht der Meinung, dass viele dieser letztgenannten Männer deshalb nicht zu emigrieren brauchen, weil sie es vorzogen, "mitzulaufen"?

Und zum Schluss: Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihren Beiträgen zum westdeutschen Wahlkampf den bedrängten Menschen in der Ostzone und in Berlin helfen und dass wir auf diese Weise auch nur einen Millimeter vorankommen auf dem Wege zu einer einheitlichen und sozialen deutschen Republik?

Wirtschaftliche Schatten über Italien

Von unserem römischen Korrespondenten

E.A.M. Rom, im August

Die römische Sommerhitze brütet in den Strassen der Stadt. Wer es bezahlen kann, flüchtet in die nördlichen Berge oder geht ans Meer. Aber die Zahl derer, die sich den Luxus der Pensionspreise von 2500 Lire pro Tag und mehr leisten können, ist recht zusammengeschmolzen. Von Gardasee, von der Riviera und aus Südtirol kommen Nachrichten über leere Hotels, nicht zuletzt vermisst man deutsche Gäste. Das diesjährige Zuhausebleiben so vieler Italiener ist ein kleines, aber charakteristisches Zeichen der Wirtschaftslage des Landes. Die allgemeine Depression, über die nur sehr oberflächliche Betrachter hinwegsehen können, überschattet alle politischen Ereignisse und Debatten.

Die Öffentlichkeit zeigt geringes Interesse für wesentliche Entscheidungen offizieller Stellen. Die Kammer ratifizierte mit 271 gegen 8 Stimmen das Statut des Europäischen Rates; Togliattis absurde These, Föderalismus bedeute Imperialismus, rief nicht einmal Gelächter hervor. Der Debatte über den Atlantikpakt ging eine sowjetische Note vorher, die eine Ratifizierung des Paktes und Italiens Gesuch um amerikanische Hilfe bei Aufrüstung von Armee und Industrie als unvereinbar mit dem Friedensvertrag bezeichnete. Politische Kreise in Rom nennen die Note einen "feindseligen Schritt gegenüber Italien", zumal es die letzte, Russland im Friedensvertrag zugesprochene Marke abgeliefert hat und die Sowjetunion nach wie vor Tito im Falle Triests unterstützt. Man macht keinen Hehl aus der Auffassung, dass Moskau das "infame Diktat" nur anrufe, um Italien politisch zu isolieren und "Propagandawasser" auf die Mühlen seiner Anhänger in Italien zu leiten. Der Parteifesttag der Kommunisten am 14. Juli, dem Tag des Attentats auf Togliatti, litt unter sommerlicher und politischer Lustlosigkeit. Auch die Anfuhr kommunistischer Lastautos mit den angeblich sechs Millionen Petitionsunterschriften gegen den Atlantikpakt vor dem Parlamentsgebäude brachte keine Belebung. Nach der nicht gerade angeregten Debatte über den Pakt ergab die erste Abstimmung ein Zuviel an abgegebenen Stimmzetteln von 78. Es war der letzte untaugliche Versuch der Kommunisten und Neanlianer zur Verhinderung der Ratifizierung, die im nächsten Wahlgang mit 323 gegen 160 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen wurde. Gegenüber all

diesen Dingen, deren Bedeutung von der Bevölkerung unterschätzt wird, macht die offensichtliche Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Verhältnisses schon mehr Eindruck; dafür spricht die Zahl kursierender Gerüchte, welche mit einer bevorstehenden Flucht Titos beginnen und seinem Beitritt zum Atlantikpakt aufhören. Die praktische Einverleibung der Triester Ostzone durch die Währungsstellung von der Jugolira auf den Dinar ist als eine weitgehend feindselige Geste Titos mit Protest aufgenommen worden. Der Abbruch der Handelsverhandlungen durch die italienische Delegation hat hierin ihren letzten Grund.

Dem weitreichenden Exkommunizierungsdekret des Vatikans für Kommunisten und ihre Mitläufer fehlt mangels eigentlicher kommunistischer Stellungnahme der Widerhall. Taktisch geschickt stellen sich Togliatti und Longo auf den Standpunkt der Gewissensfreiheit in religiösen Dingen und lassen aus gerade in Italien durchsichtigen Gründen "jedem das Seine"... Politische Kreise neigen inzwischen zur Auffassung, dass vielleicht die kommunistischen Erfolge bei Intellektuellen und vor allem bei der Landbevölkerung Italiens den letzten Anstoss gegeben haben. Zweifellos darf man die "Italianität" von Papst und Vatikan nicht ausser Acht lassen. Ausserdem berichten aus China zurückgekehrte Missionare, dass mit einem Aufgehen der katholischen Saat erst nach Abklingen der gegenwärtigen Kriegswirren zu rechnen oder doch wenigstens darauf zu hoffen sei. Es verstärkt sich damit der Eindruck, dass Entwicklungen in Italien selbst den Tropfen für ein Überlaufen des PASSES liefern.

Es ist die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes im Zusammenwirken mit der unglückseligen politischen Konstellation, die eine Opposition gegen die Regierungspolitik gleichbedeutend mit Eintreten für den Kommunismus macht, so dass sich nicht ungefährliche Tendenzen abzeichnen. Die Regierung scheint den Kampf gegen politische Streiks mit einem Gesetz à la Taft-Hartley aufnehmen zu wollen; der vom Arbeitsminister Fanfani ausgearbeitete Vorschlag sieht bei grundsätzlicher Streikfreiheit doch eine Anzahl Einschränkungen, Sanktionen und Strafen vor. Der Kernpunkt der Dinge liegt aber darin, dass das Land mit Ungeduld auf eine Politik der Produktionsaktivierung und der Koordination auf wirtschaftlichem Gebiet wartet. Es wartet darauf seit April 1948. Forderungen weiter Kreise betreffen u.a. Generalpläne für öffentliche Arbeiten, Belebung des Kapitalmarktes unter Anziehung privater Auslandsgelder, endgültige Massnahmen zur Sanierung der Maschinenbauindustrie, Bekämpfung des Bankkartells, Preissenkungsmassnahmen (Treibstoffe etc.), energische Investierungspolitik vor allem auf dem Gebiet der Stromversorgung, elastischere Verwendung der ERP-Gegenmittel besonders für den Wohnungsbau. Die hohen Produktionskosten sind Italiens Wirtschaftsproblem Nr. 1. Wohl stehen absinkende Bewegungen des Gussen- und Innenhandels im Zusammenhang mit weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Aber es ist die Politik des "lasciar andare" in Italien, die eine wirtschaftliche und soziale Stabilisierung des Landes immer wieder hinausschiebt.

Labours Demontage-Antwort

sp. Auf den Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher, eine sozialdemokratische Delegation nach Grossbritannien zu entsenden, um dort Verhandlungen über die Demontagefrage mit der Labour Party zu führen, hat der Vorsitzende der britischen Arbeiterpartei jetzt in einem Brief an den SPD-Vorsitzenden geantwortet.

In der Antwort heisst es, dass es der Vorstand der Labour Party für zweckmässig hält, zunächst eine sozialdemokratische Stellungnahme zu der Demontagepolitik zu erhalten, die die Demontagepläne besonders anführt, gegen die sich die sozialdemokratische Kritik im besonderen wendet.

Der Vorstand der Labour Party wird nach Erhalt dieses Dokumentes eine sorgfältige Beratung anstellen, mit dem Ziel, diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die angesichts der dann vorliegenden Tatsachen angemessen sind.

(b/B. 1/38/1/hs)

Ferienlager der Labour-Jugend

sp. Mitte September werden in England 6 000 Menschen eine Woche lang in einem Ferienlager verbringen, welches die Labour Party organisiert. Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer werden junge Menschen sein. Die Labour Party hat das bekannte Butlin-Camp an der Filey-Bucht in Yorkshire für diese Zeit übernommen, das in jeder Beziehung geeignet ist, auch allen Ansprüchen eines Ferienlagers gerecht zu werden. Das Lager besteht aus hunderten von kleinen Häusern, die je 2 - 4 Personen beherbergen können. Die Zimmer sind bequem und grosszügig ausgestattet.

In dem 7-tägigen Programm liegt die Betonung auf Unterhaltung. Es werden Tanzkapellen, Schönheitswettbewerbe, Sportwettkämpfe neben Vorlesungen, Theater- und Filmvorführungen und ernsteren Veranstaltungen stattfinden. Somit wird der Versuch gemacht, den Angehörigen der Labour Party einen angenehmen und billigen Ferienaufenthalt zusammen mit politischer Schulung zu vermitteln. Fast alle Kabinettsmitglieder haben bereits ihr Erscheinen für einen oder mehrere Tage zugesagt.

E.P.

Die "1950-Gruppe". (sp.) In Grossbritannien gibt es keine Partei, die das Prädikat "christlich" als ihr Privileg beansprucht. Die Labour Party ist ebensowenig wie die SPD eine Weltanschauungspartei, Menschen verschiedenster Bekenntnisse haben dort ihre politische Heimat gefunden. Das schliesst nicht aus, dass sich bestimmte Interessentengruppen in besonderen Arbeitsgemeinschaften zusammenschliessen. So wurde auf einer kürzlich stattgefundenen Konferenz in London die sogenannte "1950-Gruppe" gegründet. Sie ist als ein sozialistisch-christliches Forschungs- und Informationsbüro gedacht und will mit allen christlichen Sozialisten in Verbindung treten. Dass diese Gruppe keine neue Sekte, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft darstellen will, geht daraus hervor, dass so namhafte und aktive Labour-Abgeordnete wie Richard Acland, Tom Driberg und T.C. Skeffington-Lodge zu ihrem Vorstand gehören.

H.F.

Frauenkandidaturen der SPD.

Von den insgesamt 383 Kandidaten, die die SPD zum Bundestag aufstellt hat, sind 53 Frauen. 25 von den 53 Kandidatinnen sind zwischen 30 und 49 Jahre alt, 10 sind Ostvertriebene oder Ausgewiesene aus dem Sudetenland, 30 sind aus der früheren sozialistischen Jugendbewegung hervorgegangen. Unter den Kandidatinnen sind drei Ärztinnen und zwei Juristinnen. An sonstigen Berufen sind in der Hauptsache Angestellte, Arbeiterinnen, Fürsorgerinnen und Journalistinnen vertreten.

Eine Kandidatin, Frieda Hauke, die für den Wahlkreis Niepholz (Niedersachsen) kandidiert, gehörte als ganz junge Frau bereits der ersten deutschen National-Versammlung an, ebenso die von Berlin vorgeschlagene Vertreterin, Frau Louise Schröder Louise Schröder und Marie Ansgörge (Landesliste Nordrhein-Westfalen) waren bis 1933 Mitglied des Reichstages. Die letztere ist mit 68 Jahren älteste Kandidatin. Sie lebt seit ihrer Austreibung aus Schlesien als Flüchtling im Ruhrgebiet.

Die jüngste weibliche SPD-Kandidatin ist Beate Reiser, Tübingen, eine 28 Jahre alte Flüchtlingsfrau aus Ostpreussen (Kriegerwitwe). Sie ist jetzt die Frauensekretärin der SPD in Südwürttemberg. Luisa Albertz, die für den Wahlkreis Oberhausen kandidiert, war die erste deutsche weibliche Oberbürgermeisterin. (b/B.1/t/38/ns)

"Super-Flüchtlinge"

sp. Dass die Ostvertriebenen am 14. August wertvolle Stimmen zu vergeben haben, ist auch Parteien aufgegangen, die sonst für die Flüchtlinge nur schöne Worte, aber wenig Taten bereit haben. Darum bemüht sich jede Partei, soviel Flüchtlingskandidaten wie möglich aufzustellen.

Auch die Deutsche Partei erhofft sich von den Ostvertriebenen eine Stärkung ihrer Reihen. Sie hat daher den Vorsitzenden des Flüchtlingsausschusses des Niedersächsischen Landtags, Parke, an hervorragender Stelle aufgestellt. "Ausser ihm", so heisst es in der "Welt", "vertreten noch Dr. Seebohm, Fräulein Kalinke und Dr. v. Merkatz die Ostvertriebenen".

Die Ostvertriebenen werden sich wundern, so prominente Leidensgenossen bekommen zu haben. Fräulein Kalinke stammt aus Bartschin bei Bromberg, sie wurde "1925 von Polen als Reichsdeutsche ausgewiesen, seit 1926 in Niedersachsen", wie sie selbst in ihrer Kurzbioographie im "Handbuch des Niedersächsischen Landtages" schreibt. Ebenso merkwürdig sind die Merkmale, die Dr. Seebohm zu einem Flüchtling stempeln. Er ist im Emanuelsteg (Kreis Pless) geboren, bestand das Abitur in Dresden und war wohl, soweit die oben genannte Quelle nachweisen lässt, bis 1940 in Ostdeutschland tätig. Seine Stationen seit 1940 liegen im Westen: Dortmund, Bentheim, Braunschweig.

Wir haben es in diesem Falle mit "Super-Flüchtlingen" zu tun, die ihr Los, im Westen sein zu müssen, mit bewundernswerter Geduld seit 24 bzw. neun Jahren tragen. Besonders Dr. Seebohm kann man geradezu als Prototyp des entwurzelten Flüchtlings ansprechen: Seit 1940 Geschäftsführer der G. Beilmann Bergbau G.m.b.H., Dortmund und Bentheim,

Vorstand der Deutschen Tiefbohr-AG, Aschersleben-Bentheim und der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt, Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes Maschinenbau und des Verbandes Niedersächsischer Metallindustrieller usw., usw.
(m/2/38/hs)

Vertriebene wählen SPD. (sp) Auf einer am 30. Juli in Fürstenfeldbruck (Obb.) stattgefundenen Tagung der Flüchtlingsorganisationen des Wahlkreises Fürstenfeldbruck wurde fast einmütig beschlossen, den Ostvertriebenen zu empfehlen, zur Bundestagswahl nur sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben.

Eine Resolution, die der SPD zur freien Verwendung übergeben wurde, bringt zum Ausdruck, die Ostvertriebenen seien mit keiner der zur Zeit in Bayern bzw. in Frankfurt verantwortlichen Parteien zufrieden. Ihre Wahlversprechen an die Vertriebenen hätten in keinem Verhältnis zu ihren tatsächlichen Leistungen gestanden, auch an ihrem guten Willen beständen berechtigte Zweifel. Man sähe daher keine andere Möglichkeit als die jetzige Entscheidung und erwarte sich von einem Sieg der SPD eine wirksame Hilfe.
(b/B.18/38/1/hs)

"KP als sozialistische Partei gestorben"

sp. Peter Leger, ein bekannter kommunistischer Karikaturist in Westdeutschland und bisher ständiger Mitarbeiter der "Niedersächsischen Volksstimme", ist aus der KP ausgetreten.

In der Begründung dieses Schreibens sagt er u.a.:

"Die sogenannte "Nationale Front" der KP macht sich die von Hitler und Goebbels geleistete Vorarbeit zunutze und führt sie den westlichen Alliierten gegenüber fort. Sie dient dadurch weder dem Frieden noch der internationalen Solidarität. Beide Begriffe sind mir jedoch wichtiger als die leider vorkommenden Schikanierungen der deutschen Wirtschaft durch irgend einen konkurrenzgeängstigten Fabrikanten.

Die KP ist als sozialistische Partei gestorben".

SPD-Wahlsendungen. Am Donnerstag, d. 4. August von 19.30 - 19.42 Uhr wird der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, über den Sender Bremen sprechen.

Am 10. August findet, ebenfalls über den Sender Bremen, von 19.32 bis 19.42 Uhr ein Rundgespräch zwischen den Bremer SPD-Kandidaten Heinz Meyer, Dr. Siegfried Parsch, Bernhard Lohmüller, Meta Wodarczak statt.

Am gleichen Tage spricht über den Südwestfunk von 12.35 - 12.45 Uhr Martha Schanzenbach. Am 12.8. spricht wieder Dr. Kurt Schumacher über den gleichen Sender von 19.00 - 19.15 Uhr, und zwar für alle Länder der französischen Zone gemeinsam.
(b/B.1/1/38/hs)